

empfinden zwischen dem i. d. R. von der Schule vermittelten Ideal und der angetroffenen Realität der betrieblichen Bedingungen kommen kann.¹ Nach Auffassung der Autoren können solche Erscheinungen, wie mangelhafte Arbeitsorganisation im Betrieb, negative Vorbildwirkung der Werktätigen, einschließlich der Betreuer, ungenügende Erkennbarkeit des gesellschaftlichen Nutzens der zu leistenden Arbeit die Herausbildung sozialistischer Einstellungen zur Arbeit als einer wesentlichen Grundlage für die soziale Integration hemmen.

Die Forschungsergebnisse bestätigen, daß mit dem Übergang von der allgemeinbildenden Schule zur Berufsausbildung bzw. der Aufnahme eines Fach- oder Hochschulstudium mannigfache sozial negative Wirkungsbedingungen verbunden sind, die nachhaltig die weitere soziale und politische Bindung der Jugendlichen an die DDR erschweren bzw. weitgehend unwirksam machen können, wenn sie die an sie gestellten Bewährungssituation nicht bewältigen.

Dieser soziale Übergang zwingt zu einer relativ schnellen, möglichst reibungslosen Integration in den neuen Lebens- und Tätigkeitsbereich. Er ist dabei des öfteren mit einer gewissen Labilisierung verbunden und kann zu Unsicherheiten im Sozialverhalten führen. Daraus resultiert ein intensives Bemühen des Jugendlichen bzw. Jungerwachsenen nach Neuorientierungen an Kontaktpartnern, Werten und Gewohnheiten der neuen Umgebung.

Nicht selten kommt es dabei zu unüberlegten Anpassungserscheinungen, auch zu negativen Wandlungen und Fixierungen in den ideologisch-moralischen Wertorientierungen, in Gewohnheiten und sozialen Verhaltensweisen. Vor allem wenn Mißerfolge in der Ausbildung oder Kontaktstörungen zum Kollektiv längere Zeit fortbestehen, kann es zu Kompensationserscheinungen, zu

¹ Vgl. Lekschas, J. u. a., Kriminologie. Theoretische Grundlagen und Analysen, a. a. O., S. 457